

Arbeitslos und arm ? Nicht nötig ! Es ist genug Geld für alle da – nur in den falschen Portemonnaies.

*Politiker von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden reden uns seit langem ein, dass **gespart** werden müsse, dass der Staat „schlanker“, Arbeitszeiten länger und soziale, kulturelle und andere öffentliche Leistungen gekürzt werden müssen. **Der Geldmangel in Stadt und Land sowie die Probleme der Sozialkassen werden – trotz steigender Steuereinnahmen – gleichsam als Naturphänomen oder als schicksalhafte Folge der Globalisierung dargestellt.***

Wir sehen das anders !

Deutschland ist so reich wie nie zuvor in seiner Geschichte. Die öffentlichen Haushalte wachsen entgegen der Darstellung in den Medien seit langem an, erheblich stärker wachsen freilich die Unternehmensgewinne, Spekulationsgewinne, Spitzeneinkommen und Vermögen, d.h. die privaten Konten: Das private Geldvermögen in Deutschland hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Ursache der ungleichen Entwicklung (*moderater* Anstieg der öffentlichen Haushalte, *explosiver* Anstieg bei privaten Gewinnen, hohen Einkommen und Vermögen) ist eine Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmenspolitik, die über das Instrument des Arbeitsplatzabbaus, über die (relativ am stärksten betriebene) Erhöhung von Steuern und Abgaben bei kleinen Leuten und die Reduzierung von Unternehmens-, Erbschafts- und Spitzensteuersätzen, über den gänzlichen Verzicht auf die Vermögenssteuer sowie Kürzungen bei Sozialleistungen eine **Umverteilung des nationalen Reichtums in großem Stil** betreibt. Auf diese Weise werden immer mehr Menschen in Deutschland reich, während gleichzeitig Millionen arbeitslos werden, verarmen und den steigenden Reichtum der Wohlhabenden mit ihrer persönlichen Armut finanzieren (müssen).

Da machen wir nicht mit ! Für eine gerechte Steuer-, Sozial- und Gesellschaftspolitik !

Wir fordern die Politiker auf, sich parteiübergreifend insbesondere *für eine sozial gerechte (Steuer- und Abgaben-) Politik* einzusetzen, damit betuchte BürgerInnen - wie in früheren Jahren auch - wieder adäquat an der Finanzierung von Gemeinwohlaufgaben beteiligt werden:

1. Die **Vermögenssteuer** (Ländersteuer) muss, wie in allen EU-Ländern, so auch in Deutschland, wieder eingeführt werden ! 5% Vermögenssteuer (500.000 Euro bleiben bei einem Vierpersonenhaushalt steuerfrei.) macht 100 Mrd. Euro Mehreinnahmen/Jahr.
2. Die **Erbschaftssteuer** (Ländersteuer), in Deutschland besonders niedrig, muss heraufgesetzt werden. Dies könnte die Einnahmen von gegenwärtig 3 Mrd. Euro/Jahr (reale Steuerquote: 2% von einem Gesamterbschaftsvolumen von 150 Mrd./Jahr) um 10 bis 20 Mrd. Euro/Jahr erhöhen (Freibetrag für Ehepaare: 563.000 Euro). *Im Gegensatz zu dieser Lösung ist die Erbschaftssteuer für Betriebs-erbschaften kürzlich stattdessen auf Null herunter gefahren worden.*
3. Die **Spitzensteuersätze** (z.T. Ländersteuer, heute 42%) müssen auf den Stand von 1998 (Steuersatz zu Beginn der rot-grünen Koalition: 53%), besser noch auf den Stand der Kohl-Ära (60%) zurückgeführt werden ! Allein seit 1998 wurde hier auf 7,2 Mrd. Euro verzichtet.
4. Die **Aktiensteuer** muss heraufgesetzt werden, damit diejenigen zur Kasse gebeten werden, die mit ihren „Dividendenansprüchen“ für einen Großteil des Arbeitslosenelends verantwortlich sind. Zudem: Einführung einer Aktionärs-Haftung für die Folgekosten des Arbeitsplatzabbaus bei guter Gewinnlage von Unternehmen ! Einführung einer Mehrwertsteuer auf Aktienhandel statt auf Medikamente und Lebensmittel ! Einführung der Tobinsteuer !
5. Die **Unternehmens- und Gewerbesteuern** (Kommunen) müssen wieder erhöht werden. Deutschland folgt mit der (auch aktuell wieder geplanten) Senkung der Unternehmenssteuern keineswegs

dem Globalisierungsdruck; vielmehr *ächzen* die EU-Länder unter dem Druck der real, nicht nominal niedrigen Unternehmenssteuern in Deutschland ! Deshalb ist auch Deutschland *Exportweltmeister* und nicht irgend ein anderes Land der Welt.

6. Steuerhinterziehung und Steuerflucht von Wohlhabenden müssen durch Gesetzgebung und die massive Aufstockung der Zahl der Finanzbeamten konsequent unterbunden werden. Jeder Betriebsprüfer „erwirtschaftet“ 1 Million Euro/Jahr über sein eigenes Gehalt hinaus. In den Prüfungsabteilungen der Finanzämter aber herrscht politisch gewollter, chronischer Personalmangel, ja, es werden dort Stellen *abgebaut* (in Niedersachsen in den letzten Jahren allein 370 Stellen).

Die Umsetzung der Forderungen ergäben **ein Mehr an Steuern von mindestens 200 Mrd. Euro/Jahr** (Mehreinnahmen durch Mehrwertsteuererhöhung seit 2007: 20 Mrd. Euro/Jahr). Die Einführung des **schwedischen Steuerrechts** würde 300 Mrd. Euro mehr ergeben. Statt also den Mangel bei Obdachlosen, Flüchtlingen, Arbeitslosen, Rentnern, Studenten, Kranken, Stadtteilinitiativen, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie bei öffentlichen Dienstleistungen zu vergrößern, müssen Steuerrechte revidiert, Betriebsprüfungen durchgeführt, der Überfluss bei wohlhabenden Bürgern abgeschöpft und die öffentlichen und Sozialkassen wie in früheren Jahrzehnten wieder gut gefüllt werden. Von 200 oder 300 Mrd. Euro können Investitionen finanziert, Schulden getilgt, Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst verringert und Millionen neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Staat hat der Wirtschaft hier mit gutem, nicht mit schlechtem Beispiel voranzugehen ! Stattdessen ist der Staat zum größten Arbeitsplatzvernichter der Republik geworden !

Es gibt kein Geldproblem in Deutschland – es gibt ein Gerechtigkeitsproblem ! verursacht von Politikern, Parlamentariern, Unternehmern, Managern, Spitzenverdienern, Aktionären und Steuerhinterziehern.

Wenn geltendes Steuerrecht allein *umgesetzt* (!) würde, wären Bund, Länder und Gemeinden bereits finanziell saniert: 80 bis 120 Mrd. Euro Mehreinnahmen/Jahr. Selbst die astronomisch anmutende Summe der Staatsverschuldung von 1,5 Billionen Euro könnte vergleichsweise kurzzeitig (in 8 bis 12 Jahren) zurückgezahlt werden – wenn man dies wollte und wenn die Banken es zuließen ! Der Staat aber fährt fort, Arbeitslose, Arme, Ausländer und Kranke zur Kasse zu bitten (Regelsatzkürzung bei politischen Flüchtlingen, Hartz IV-Regelungen, Nullrunden oder jämmerliche Erhöhungen bei Renten, Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Krankenkassenbeiträge, Studiengebühren etc.), öffentliche Leistungen zu kürzen und Unternehmern/Begüterten Steuergeschenke zu machen – **und *leiht* (!) sich das für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Geld von ihnen mit Zinsen (!) zurück.**

„Sie fahren auf unseren Straßen, schicken ihre Kinder auf öffentliche Schulen, besuchen Schwimmbäder, Theater und Konzerte – und lassen sich alles von KleinverdienerInnen bezahlen. Millionen BürgerInnen haben großen Konsumbedarf, besitzen aber kein Geld – Millionen besitzen Geld, haben aber keinen Konsumbedarf. Ein volkswirtschaftlicher Nonsens !

- ▶ **Schluss mit Armut und vorgeblichem Sparzwang !**
- ▶ **Schluss mit der zutiefst ungerechten Steuer- und Sozialpolitik !**
- ▶ **Schluss mit dem Skandal von Arbeitslosigkeit und Armut in einem nationalökonomisch reichen Land !**

**Es ist genug Geld für alle da und
PolitikerInnen haben die Pflicht, es einzufordern:
bei Wohlhabenden, nicht bei Armen !**